

Niederschrift

Gremium	Sitzung - KRB/032(IV)/07			
	Wochentag, Datum	Ort	Beginn	Ende
Ausschuss für kommunale Rechts- und Bürgerangelegenheiten	Mittwoch, 16.05.2007	Alemannzimmer	17:00Uhr	19:30Uhr

Öffentliche Sitzung

1. Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung des Ausschusses für kommunale Rechts- und Bürgerangelegenheiten und begrüßt die Ausschussmitglieder, Vertreter der Verwaltung und die Gäste. Er stellt fest, dass der Ausschuss beschlussfähig ist.

2. Bestätigung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wird mit folgendem Abstimmungsergebnis angenommen:

6 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen

3. Aufnahme besonderer Vertragsbedingungen bei Vergaben der
Landeshauptstadt Magdeburg - keine Produkte aus
ausbeuterischer Kinderarbeit
Vorlage: DS0073/07
-

Herr Grünert fragt nach, wie die Problematik rechtssicher im Vergabeverfahren angewandt werden kann.

Herr Platz informiert, dass den Bietern die Vertragsbedingungen im Vergabeverfahren bekannt gegeben werden. Es gibt keine entgegenstehende Rechtsprechung.

Herr Veil fragt nach, ob es in der ILO-Konvention eine altersmäßige Mindestgrenze gibt.

Herr Platz sichert eine Klärung bis zur Stadtratssitzung zu.

Herr Grünert fragt nach, ob es ein Netzwerk gibt, wo sich die Städte untereinander austauschen können und wenn ja, warum schließt sich die Stadt nicht an.

Herr Schulze, Amt 31, informiert, dass das Netzwerk „Inwent“ heißt. Die Stadt Magdeburg hat bereits vernetzt und hat bereits Kontakte erhalten.

Über die Drucksache wird wie folgt abgestimmt:

6 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen

4. Hauptstadtvertrag
Vorlage: DS0163/07
-

Herr Platz legt dar, dass es einen Interfraktionellen Antrag zur Erstellung eines Hauptstadtvertrages mit klaren Vorgaben, was enthalten sein muss, gibt. Auf dieser Grundlage legt die Verwaltung den Entwurf des Hauptstadtvertrages vor.

Herr Meinecke bittet die Vertreter der Fraktionen, dass die Fraktionen den Hauptstadtvertrag auf ihrer nächsten Sitzung behandeln. Er stellt die Frage, wie sich die Zusammenarbeit zwischen Verwaltung und Stadtrat vorgestellt wird.

Herr Platz antwortet, dass diese Problematik noch vollkommen offen ist. Der Vertrag zeigt nur das Außenverhältnis, alles andere muss im Innenverhältnis geklärt werden.

Herr Veil erläutert, dass der § 2 Abs. 5 den Kern des Vertrages darstellt. Die Anlage zum Vertrag passt nicht im Zusammenhang zur Landeshauptstadt Magdeburg. Er kann dem Entwurf so nicht zu stimmen.

Herr Grünert bittet darum, die Prüfungsrechte des Landesrechnungshofes zu nennen. Er bittet darum, den Stadträten Material anderer Städte zur Verfügung zu stellen. Die Laufzeit sollte an die Legislatur (5-Jahres-Regelung) angeglichen werden.

Herr Platz legt dar, dass der § 2 Abs. 3 die Schlüsselvorschrift darstellt. Über den Katalog müsste man sich im einzelnen unterhalten.

Herr Veil ist der Auffassung, je mehr Jahre ins Land gehen, desto weniger besteht der Anspruch auf Landesförderung. Er ist der Auffassung, ein Vertrag bringt die Stadt nicht weiter.

Herr Herbst vertritt die Meinung, dass der Vertrag ein zustimmungsfähiges Papier für den Partner (Land) sein muss. Die einzelnen Punkte im § 2 Abs. 3 müssen qualifiziert werden. Er hält den Hauptstadtvertrag für wichtig.

Herr Platz definiert nochmals den Interfraktionellen Antrag, wo die Punkte des § 2 Abs. 3 klar definiert werden.

Herr Grünert hält den § 2 Abs. 3 ebenfalls für qualifizierungsbedürftig. Er ist der Auffassung, dass auch die Landtagsabgeordneten als Konsultatoren genutzt werden sollten.

Herr Veil meint, dass die Verwaltung eine Zusammenstellung erarbeiten sollte, was hauptstadtrelevante Belastungen und hauptstadtrelevante Repräsentationspflichten sind.

Herr Platz hält es für unmöglich, diese Zusammenstellung zu erarbeiten. Er hält es für möglich, dass sich die Landtagsabgeordneten im Vorfeld damit beschäftigen, insbesondere mit § 2 Abs. 3.

Herr Lischka hält den Vorschlag von Herrn Platz für gut.

Die Drucksache DS0163/07 wird auf die nächste Sitzung des Ausschusses vertagt.

5. Firma Recycling-Zentrum Magdeburg GmbH - Sachstand zur
Beräumung der Brandreste, der unverbrannten Ballen, der
Rundballen und des Löschwassers
Vorlage: I0113/07
-

Die Ausschussmitglieder nehmen die Information I0113/07 zur Kenntnis.

6. Feierliches Gelöbnis der Bundeswehr
Vorlage: I0120/07
-

Die Ausschussmitglieder nehmen die Information I0120/07 zur Kenntnis.

7. Tariftreue
Vorlage: I0124/07

Die Mitglieder des Ausschusses für kommunale Rechts- und Bürgerangelegenheiten nehmen die Information I0124/07 zur Kenntnis.

8. Sturmschäden - Katastrophenschutz
Vorlage: A0031/07

Herr Platz macht Ausführungen zur vorliegenden Information der Verwaltung.

Herr Grünert hält die Berichtspflicht gegenüber den Betriebsausschussmitgliedern für nicht ausreichend. Er bittet darum, Regularien einzuführen.

Herr Platz führt aus, dass die Berichtspflicht in der Satzung geregelt werden kann. Das Rechtsamt wird eine diesbezügliche Prüfung vornehmen.

Abstimmungsergebnis:

5 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen

8.1. Sturmschäden - Katastrophenschutz
Vorlage: S0085/07

Die Mitglieder des Ausschusses nehmen die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

9. Sturm- und Hagelrisiko für städtische Gebäude
Vorlage: I0109/07

Die Information I0109/07 wird von den Ausschussmitgliedern zur Kenntnis genommen.

10. Urteil zur Verwaltungsrechtssache Wahlanfechtung
Vorlage: I0104/07

Die Mitglieder des Ausschusses für kommunale Rechts- und Bürgerangelegenheiten nehmen die Information I0104/07 zur Kenntnis.

11. Verschiedenes

Petition der Erbegemeinschaft nach Wilhelm Riebel vertreten durch Frau Dorette Krieger

Herr Marske informiert, dass nach § 28 der Geschäftsordnung des Stadtrates der Ausschuss nur für formlose Beschwerden über Angelegenheiten, die nicht Gegenstand eines laufenden Verwaltungsverfahrens sind, zuständig ist.

Herr Grünert schlägt vor, dass der Abschluss des Verwaltungsverfahrens abgewartet werden sollte. Dem Petenten sollte ein förmlicher Zwischenbescheid und bei Abschluss eine Information über den Ausgang gegeben werden.

Petition des Herrn Matthias Polter

Herr Marske informiert, dass die Stadt zwar an der ARGE beteiligt ist, aber nicht die Behörde ist, die die Funktion ausführt. Die Stadt ist hier in keiner Weise involviert.

Herr Grünert schlägt vor, die Petition an den Landespetitionsausschuss zu übergeben. Die Stadt fertigt ein Schreiben an den Petenten.

Die Niederschrift erhält ihre endgültige Fassung mit Bestätigung in der darauffolgenden Sitzung.

gez. Burkhard Lischka
Vorsitzender

gez. Britta Becker
Schriftführerin